

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

MINISTERPRÄSIDENT SEEHOFER UND EUROPAMINISTERIN MÜLLER ZUM NEUJAHRSEMPFANG DER BAYERISCHEN VERTRETUNG IN BRÜSSEL

Der Bayerische Ministerpräsident *Horst Seehofer* und Europaministerin *Emilia Müller* begrüßten mehr als 500 hochrangige Gäste aus den Europäischen Institutionen, dem Bayerischen Landtag sowie aus der Wirtschaft, den Verbänden und dem Brüsseler Pressekorps zum traditionellen Neujahrsempfang der Bayerischen Vertretung am 28.01.2010. *Seehofer* und *Müller* nutzten die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Kommissionspräsident *José Manuel Barroso*, in dem sie die Vorschläge der Bayerischen Staatsregierung für die Prioritäten der zukünftigen Kommission vorstellten.

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 18. – 21.01.2010 IN STRAßBURG

Der neue spanische Ratspräsident *José Luis Rodríguez Zapatero* stellte die Bekämpfung der Wirtschaftskrise als oberste Priorität in den Mittelpunkt seiner Präsentation im Plenum (s. EB 01/10). Das EP befasste sich zudem mit dem Erdbeben in Haiti, der Situation im Jemen, der Lage im Iran, den Ergebnissen des Klimagipfels in Kopenhagen und dem Demokratisierungsprozess in der Türkei. Aus bayerischer Sicht von besonderem Interesse war die Forderung nach einer EU-Strategie für den Donauraum. Das EP kündigte zudem an, sich in Kürze mit dem umstrittenen Interimsabkommen für den Austausch von Bankdaten (SWIFT) zu befassen, das zum 01.02.2010 in Kraft treten soll. Der Europäische Bürgerbeauftragte (Ombudsmann) *P. Nikiforos Diamandouros* wurde für weitere fünf Jahre wiedergewählt. Zudem wurden die Anhörungen der designierten Kommissare in Straßburg fortgesetzt (siehe auch die Berichte aus den Ressorts).

Alle Informationen zur Plenartagung unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default_de.htm

Zur Wahl des Ombudsmanns:

<http://www.europarl.europa.eu/electionombudsman/de/homepage.html>



EP: ANHÖRUNGEN DER DESIGNIERTEN KOMMISSARE – NEUE BULGARISCHE KANDIDATIN

Die Ausschüsse des Europäischen Parlamentes, in denen die Anhörungen der designierten Kommissare vom 11. – 19.01.2010 abgehalten wurden, haben am 21.01.2010 zustimmende Bewertungen für 25 von 26 Kandidaten abgegeben. Wegen des Rückzugs der bulgarischen Kandidatin *Rumjana Schelewa* wurde die Abstimmung über die Kommission als Ganzes vom 26.01.2010 auf den 09.02.2010 verschoben. Die neue bulgarische Kandidatin, die derzeitige Vizepräsidentin der Weltbank *Kristalina Georgiewa*, soll am 03.02.2010 im Ausschuss für Entwicklungshilfe angehört werden.

Die Videos aller Anhörungen und weitere Informationen sind verfügbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/hearings/default.htm?language=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN INNENKOMMISSARIN CECILIA MALMSTRÖM

Schwedens Europaministerin *Cecilia Malmström* (Liberale) konnte die Mitglieder des EP-Innenausschusses weitgehend zufrieden stellen. Hauptthemen der Anhörung waren Asyl und Einwanderung. *Malmström* sprach sich für einen Ausbau der Möglichkeiten zur legalen Einwanderung in die EU aus und will die 2009 verschobenen sektoriellen Richtlinienentschlüsse zur legalen Einwanderung, rasch vorlegen.

INFORMELLER JI-RAT VOM 20.-22.01.2010 IN TOLEDO: INNENPOLITIK

- Terrorismusbekämpfung – Verhandlungen über Sammlung von Flugpassagierdaten (PNR) sollen wieder aufgenommen werden
- Innenminister für Einsatz von Körperscannern offen
- Spanische Initiative zu Strategie für die Innere Sicherheit begrüßt
- Weitere Debatte zu Einwanderung und Integration
- EU-US-Erklärung zur Luftsicherheit

<http://www.eu2010.es/en/documentosynoticias/otrasdeclarac/jaieuusa.html>



SWIFT-INTERIMSABKOMMEN: RAT BITTET EP UM ZUSTIMMUNG UND LEHNT VOM EP GEFORDERTE VERSCHIEBUNG DER VORLÄUFIGEN ANWENDUNG AB

Der Rat hat das am 30.11.2009 gebilligte Interimsabkommen mit der US-Regierung zur Weitergabe von Daten über Finanztransaktionen zur Terrorismusbekämpfung am 25.01.2010 dem Europäischen Parlament mit der Bitte um Zustimmung übermittelt. Die Aufforderung des EP, die im Abkommen festgelegte vorläufige Anwendbarkeit ab 01.02.2010 auf den 15.02.2010 zu verschieben, um dem EP Zeit zu Ausschussbehandlung und Plenarabstimmung zu geben, lehnte der Rat ab. Das EP wird voraussichtlich am 09. oder 10.02.2010 über das Interimsabkommen abstimmen.

EUGH ERLEICHTERT KINDERN EHEMALIGER TÜRKISCHER GASTARBEITER DEN ZUGANG IN DIE EU

Der Europäische Gerichtshof hat erneut das Assoziierungsabkommen EWG-Türkei weit ausgelegt. Im Ausgangsfall kehrte eine 1975 in Berlin geborene türkische Staatsangehörige 1989 im Alter von 14 Jahren mit ihrer Familie in die Türkei zurück. 1999 reiste sie zu Studienzwecken erneut nach Deutschland ein. Nach Abschluss ihres Studiums wurde ihr Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis abgelehnt. Der EuGH entschied, es sei nicht nötig, dass bei Abschluss der Berufsausbildung des Kindes noch ein Elternteil als Arbeitnehmer im betreffenden EU-Staat lebt. Das Urteil (Rechtssache C-462/08) findet sich unter: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

INFORMELLER RAT JUSTIZ UND INNERES AM 21./22.1.2010 IN TOLEDO

Der informelle Rat Justiz und Inneres behandelte am 22.1.2010 im rechtspolitischen Teil vor allem Fragen des europäischen Zivilrechts (Erbrechts-VO, eheliches Güterrecht) und die anstehende Reform der EuGVO.

ANHÖRUNG DER NATIONALEN PARLAMENTE ZUR ZAHLUNGSVERZUGSRICHTLINIE

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz führte am 26.1.2010 eine Anhörung der nationalen Parlamente zur vorgeschlagenen Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr durch.



KONSULTATION ZU FLUGPASSAGIERRECHTEN

Die Kommission ruft bis zum 1.3.2010 zu einer öffentlichen Konsultation über Passagier-rechte auf dem Luftweg auf.

http://ec.europa.eu/transport/passengers/consultations/doc/2010_03_01_apr_questionnaire.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

SITZUNG DER EUROGRUPPE AM 18.01.2010

Der luxemburgische Premierminister, *Jean Claude Juncker*, wurde am 18.01.2010 für zweieinhalb Jahre bis Mitte 2012 zum Präsidenten der Eurogruppe gewählt. In einem Brief an die Mitglieder der Eurogruppe hatte Herr Juncker, der bereits seit 2005 der Eurogruppe vorsitzt, vorab sein Arbeitsprogramm für die nächsten zweieinhalb Jahre dargelegt. Als Prioritäten sieht er insbesondere die Rückkehr zu nachhaltigen öffentlichen Finanzen durch Koordination der Haushaltspolitik, die Entwicklung fiskalischer Exit-Strategien, die konsequente Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung und Überwachung.

<http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1826&lang=en>

<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Eurogroup-mission-letter20100115.pdf>

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 19.01.2010

Der ECOFIN-Rat hat sich am 19.01.2010 auf eine allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen verständigt. Mit der neuen Richtlinie soll die Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuerforderungen vereinfacht und verbessert werden. Bei den damit im Zusammenhang stehenden Steuerelementen (Zinsbesteuerungsrichtlinie, Amtshilferichtlinie, Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittstaaten) gibt es zwar noch keine Einigung, die spanische Ratspräsidentschaft möchte insoweit aber in den nächsten ECOFIN-Sitzungen weiter vorankommen.

Weiteres Thema waren die Statistikprobleme Griechenlands. Anfang Januar 2010 hatte die EU-Kommission entsprechend dem Auftrag des ECOFIN-Rates



einen Bericht über das griechische Haushaltsdefizit und die griechische Schuldenstatistik vorgelegt. Die Kommission wurde gebeten, die Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden fortzusetzen und bis Februar 2010 einen Aktionsplan zur endgültigen Behebung der Mängel in Griechenland aufzustellen.

Außerhalb der Tagesordnung wurde die von Schweden vorgeschlagene Stabilitätsabgabe für Banken diskutiert. Dies wäre eine Alternative zu einer Finanztransaktionssteuer. Der ECOFIN-Rat will das Thema voraussichtlich auf seiner informellen Sitzung Mitte April in Madrid wieder aufgreifen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/112456.pdf

DEFIZITVERFAHREN GEGEN UNGARN, LETTLAND, LITAUEN UND MALTA

Die EU-Kommission hat am 27.01.2010 die von den Mitgliedstaaten Malta, Lettland, Litauen und Ungarn unternommenen Anstrengungen zur Reduzierung ihrer Haushaltsdefizite bewertet. Die Kommission schlägt dem Rat vor, die Fristen für Malta und Litauen um jeweils ein Jahr zu verlängern. Beide Mitgliedstaaten haben aus Sicht der Kommission effektive Maßnahmen zur Defizitkorrektur ergriffen, die ursprünglich gesetzten Fristen seien jedoch aufgrund der deutlich verschlechterten Wirtschaftslage unrealistisch geworden. Malta hat nunmehr bis 2011 Zeit, sein Defizit auf unter 3 % zu korrigieren, Litauen bis 2012. Ungarn und Lettland haben nach Auffassung der Kommission den Empfehlungen des Rates entsprochen, müssen jedoch ihre Konsolidierungsanstrengungen intensivieren und weitere Maßnahmen ergreifen, um ihre Defizite innerhalb der vom Rat gesetzten Fristen (2011 für Ungarn und 2012 für Lettland) auf unter 3 % zu bringen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/53&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>

PROGRAMM ZUR UNTERSTÜTZUNG VON EU-BEITRITTSKANDIDATEN BEI DER BANKENAUF SICHT

Am 19.01.2010 haben die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission eine Vereinbarung über ein Programm für technische Hilfe zugunsten der Beitrittskandidaten und potentiellen Kandidaten vereinbart, um deren Bankenaufsicht auf Mikro- und Makroebene zu verbessern. Dazu gehören z. B. regionale Schulungsprogramme für leitende Aufsichtsbeamte oder



Workshops für Entscheidungsträger.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/31&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

STAATLICHES WETT- UND SPIELMONOPOL IN NORDRHEIN-WESTFALEN – SCHLUSSANTRÄGE IN DER RECHTSSACHE WINNER WETTEN

Am 26.01.2010 hat der zuständige Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof in der Rechtssache Winner Wetten GmbH seine Schlussanträge gestellt. Das Verfahren betrifft die Rechtslage vor 2008, also vor Inkrafttreten des aktuellen Glücksspielstaatsvertrages. Aus Sicht des Generalanwalts steht entgegen der Auffassung des Verwaltungsgerichts Köln - keineswegs fest, dass das damalige nordrhein-westfälische Sportwettenverbot gegen die Dienstleistungsfreiheit verstoßen hat. Das Verwaltungsgericht Köln soll daher aus seiner Sicht den Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit nochmals prüfen. Sollte allerdings tatsächlich ein Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit vorgelegen haben, dann hätte das Sportwettenverbot Nordrhein-Westfalens nicht mehr angewendet werden dürfen, auch nicht übergangsweise. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs bleibt abzuwarten. Dieser ist an den Schlussantrag des Generalanwalts nicht gebunden, folgt diesem aber in vielen Fällen.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-409/06](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-409/06)

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF: DEUTSCHE REGELUNG ZU KÜNDIGUNGSFRISTEN VERSTÖSST GEGEN DAS VERBOT DER DISKRIMINIERUNG WEGEN DES ALTERS

Am 19.01.2010 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die deutsche Regelung, nach der vor Vollendung des 25. Lebensjahrs liegende Beschäftigungszeiten des Arbeitnehmers bei der Berechnung der Kündigungsfrist nicht berücksichtigt werden, gegen das Verbot der Diskriminierung wegen des Alters verstößt. Es obliege dem nationalen Gericht, in einem Rechtsstreit zwischen Privaten die Beachtung des Verbots der Diskriminierung wegen des Alters sicherzustellen, indem es entgegenstehende Vorschriften des innerstaatlichen Rechts unangewendet lässt.



<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-01/cp100004de.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT NACHHALTIGE STRATEGIE FÜR DEN DO-NAURAUM

In seiner Plenarsitzung am 21. Januar 2010 hat das Europäische Parlament mit 544:13 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, die die Kommission auffordert, sobald als möglich, in allen Donau-Anrainerstaaten Konsultationen durchzuführen, die alle Bereiche regionaler Kooperation abdecken und bis zum Ende des Jahres eine EU-Donaustrategie vorzulegen. Weiter soll sie über eine „Governance-Struktur“ für die neue EU-Politik beschließen, um nachhaltige Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Sicherheit in der ganzen Region zu sichern. Auch ein wissenschaftlicher Austausch, das gemeinsame Kulturerbe sowie Sprachenvielfalt im Donaubecken sollten entsprechend berücksichtigt werden.

ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN KOMMISSARE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Im Bereich des StMWIVT erfolgte noch die Anhörung von *Siiim Kallas* (Verkehr), *Antonio Tajani* (Industrie und Unternehmen) sowie *Johannes Hahn* (Regionalpolitik).

PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „ELEKTROMOBILITÄT: PRAXISERFAHRUNGEN AUS DEM MINI E-FELDTTEST – RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DEN MARKTERFOLG VON ELEKTROFAHRZEUGEN“ AM 26. JANUAR 2010 IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

BMW und das Bayerische Wirtschaftsministerium haben am 26. Januar 2010 zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Elektromobilität“ in die Bayerische Vertretung in Brüssel eingeladen. Der Projektleiter – project i - *Glenn Schmidt* der BMW Group und *Prof. Josef Krems* von der TU Chemnitz präsentierten hier erste aufschlussreiche Ergebnisse aus dem Feldversuch mit 600 Fahrzeugen des Typs Mini E. Darüber und über erforderliche politische Rahmenbedingungen diskutierten anschließend der CSU-Europaabgeordnete *Markus*



Ferber, der Generalsekretär von Eurelectric, *Hans ten Berge*, und *Jos Dings*, Direktor der Europäischen Vereinigung für Transport und Umwelt unter der Moderation von *Udo van Kampen*.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 18.01.2010 IN BRÜSSEL

Die spanische Ratspräsidentschaft präsentierte in ihrem ersten Agrarrat unter spanischem Vorsitz ihr Arbeitsprogramm. Die Schwerpunkte sind die Fortführung der Diskussion zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013, die Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft und die Rolle der Frau im ländlichen Raum. Eine ausführliche Diskussion fand zur Funktionsweise der Lebensmittelkette statt. Zusammenfassend ist festzustellen, das Hauptanliegen der Mitgliedstaaten ist es, die Position der Landwirte in der Lebensmittelkette zu stärken. Die Mitgliedstaaten baten die Kommission darum, die Situation beim Export von Zucker baldmöglichst zu prüfen, ein juristisches Gutachten wird Ende des Monats erwartet.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/12393.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT EXPORT VON ZUSÄTZLICH 500.000 T ZUCKER ALS NICHT-QUOTENZUCKER VOR

Aufgrund der außergewöhnlichen Marktsituation auf den Weltmärkten für Zucker, hat die Kommission vorgeschlagen, zusätzlich 500.000 t Zucker für den Export im Wirtschaftsjahr 2009/2010 freizugeben. Der Export der zusätzlichen Menge soll nicht auf die festgesetzte Ausfuhrhöchstmenge angerechnet werden. Auf Forderung der Mitgliedstaaten im vergangenen Agrarrat, prüfte die Kommission, ob der Export an Nichtquotenzucker als subventionierter Export im Sinne der WTO anzusehen und auf die festgesetzte Ausfuhrhöchstmenge anzurechnen ist. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass diese Maßnahme die internationalen Verpflichtungen respektiert und aufgrund der außergewöhnlichen Marktsituation in der EU und auf den Weltmärkten möglich ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/59&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



IEEP – BERICHT BESTÄTIGT: GAP SPIELT WICHTIGE ROLLE FÜR DIE BEREITSTELLUNG ÖFFENTLICHER GÜTER

Nach einem vom Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) im Auftrag der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung erstellten Bericht geht hervor, dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von Landwirten spielt, um öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitzustellen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Maßnahmen gezielt und auf die richtige Art und Weise erfolgen. Um öffentliche Naturgüter wie Moore, Almweiden, Feuchtwiesen zu schützen und auszubauen, sind punktgenaue Zielvorgaben und ausreichende Fördergelder für Landwirte nötig, die diese Flächen bewirtschaften. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die GAP hilfreiche Instrumente zur Verfügung stellen kann, um den Landwirten den Ausbau der öffentlichen Güter zu erleichtern. Insgesamt ist die Nachfrage nach diesen Landschaften größer als das Angebot, denn laut Bericht ist das Angebot an öffentlichen Gütern oft unzureichend. Diese Knappheit dürfte sich in Zukunft durch Risiken wie die Entwicklung der Rohstoffpreise und den Folgen des Klimawandels noch verstärken, daher müsse das Thema zur politischen Priorität der GAP werden und erfordere eine höhere Mittelzuwendung.

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/public-goods/index_en.htm

EU FÖRdert ABSATZ VON MILCH UND MILCHPRODUKTEN MIT 17,8 MIO. EUR

Die Europäische Kommission hat mehrere Programme aus den Mitgliedstaaten genehmigt, mit denen der Absatz von Milch und Milcherzeugnissen innerhalb der Gemeinschaft gefördert werden soll. Für Deutschland stellt die Kommission mehr als eine Million Euro zur Verfügung. Den Zuschlag erhielt die Landesvereinigung der Bayerischen Milchwirtschaft (LVBM e.V.) für das dreijährige Milchprogramm „Karlotta unterwegs“, das gemeinsam mit der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen und dem Milchwirtschaftlichen Verein Baden-Württemberg vorgeschlagen wurde. Da sich die EU bei der Maßnahme mit 50 % beteiligt, stehen insgesamt über 2 Mio. EUR für Absatzmaßnahmen für Milch und Milchprodukte zur Verfügung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/34&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



ANHÖRUNGEN DES DESIGNIERTEN AGRARKOMMISSARS DACIAN CIOLOȘ

In der Anhörung vor dem Agrarausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments sprach sich der designierte rumänische Agrarkommissar *Dacian Ciolos* am 15.01.2010 für eine starke GAP auch nach 2013 aus. Die erste Säule solle bestehen bleiben, wobei neue Kriterien für eine ausgewogenere Verteilung angewandt werden sollen. Die zweite Säule wird nach seinen Vorstellungen weiter ausgebaut. *Ciolos* setzt sich für eine ausreichende Mittelausstattung der GAP auch in Zukunft ein, als Hauptargument diente ihm die Nahrungsmittelversorgung und Einkommensstabilität. Für *Ciolos* steht das Auslaufen der Milchquote durch den Beschluss des Rates fest. Marktmaßnahmen werden zur Stabilisierung der Märkte weiter benötigt, die alten Instrumente seien hierfür allerdings nicht geeignet. Der designierte Agrarkommissar trat in seiner Anhörung sehr kompetent auf und die Parlamentarier spendeten ihm aufgrund der überzeugenden Vorstellung auffallend langanhaltenden Applaus.

http://www.europarl.europa.eu/hearings/press_service/product.htm?ref=20100113IPR67224&secondRef=0&language=DE

ANHÖRUNGEN ANDERER DESIGNIERTER KOMMISSARE MIT AUSSAGEN ZUR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bei ihren Anhörungen vor dem Europäischen Parlament äußerten sich auch andere nominierte Kommissare, deren Ressorts sich inhaltlich mit dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft überschneiden. Der designierte Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, *John Dalli*, betonte, dass er im Hinblick auf die zulässig gentechnisch veränderten Organismen (GVO) eine rein wissenschaftlich begründete Entscheidung treffen wolle, die ggf. auch von unabhängigen Instituten bestätigt werde. Die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel werde er aktiv in den kommenden Jahren behandeln. *Connie Hedegaard*, nominierte Kommissarin für Klimapolitik, unterstrich, dass die Landwirtschaftspolitik „klimafreundlicher“ werden müsse. Desweiteren betonte sie die Wichtigkeit einer modernisierten und umweltschonenderen EU-Agrarpolitik. *Janusz Lewandowski*, vorgeschlagen für das Ressort Haushalt, hob hervor, dass die gemeinsame Agrarpolitik nicht re-nationalisiert werden sollte, dies wäre das Ende der GAP. Der designierte Kommissar für Umwelt, *Janez Potočnik*, kündigte an, dass er an der Bodenschutzrichtlinie festhalten



wolle.

FÖRMLICHES VERFAHREN GEGEN GRIECHISCHEN AGRARVERSICHERUNGSVERBAND EINGELEITET

Gegen den griechischen Agrarversicherungsverband (ELGA) hat die Kommission ein förmliches Verfahren eingeleitet, da Zweifel bestehen, ob die gewährten Beihilfen mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Die Beihilfen wurden für Schäden an bestimmten pflanzlichen Kulturen gezahlt, die 2007 und 2008 aufgetreten sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/60&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUR BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE POST 2010

Am 19.01.2010 hat die Kommission die Mitteilung KOM(2010)4 „Optionen für ein Biodiversitätskonzept und Biodiversitätsziel der EU für die Zeit nach 2010“ veröffentlicht. Das Papier soll als Diskussionsgrundlage für das weitere Vorgehen auf dem Weg hin zu einer langfristigen EU-Strategie dienen, die bis in das Jahr 2050 reicht (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/policy/pdf/communication_2010_0004de.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPÄISCHES PARLAMENT: BESCHÄFTIGUNGSAUSSCHUSS STIMMT FÜR VERLÄNGERUNG DES MUTTERSCHAFTSURLAUBS VON 14 AUF 18 WOCHEN

Der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments hat am 27. Januar 2010 mit 31:11:5 Stimmen den Bericht der rumänischen Abgeordneten *Rovana Plumb* (S&D-Fraktion) zur Revision der Richtlinie über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (92/85/EWG), sog. „Mutterschutz-Richtlinie“, angenommen. Damit unterstützten die Parlamentarier den



im Rahmen des „Vereinbarkeitspakets“ vom 3. Oktober 2008 vorgelegten Vorschlag der Europäischen Kommission, den Mutterschaftsurlaub europaweit von derzeit 14 auf 18 Wochen auszudehnen.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/reportsCom.do?language=DE&body=EMPL>

SOZIALE EINGLIEDERUNG: EUROPÄISCHES JAHR ZUR BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG 2010 ERÖFFNET

Unter dem Motto „Armut darf nicht sein!“ haben die spanische EU-Ratspräsidentschaft und die Europäische Kommission am 21. Januar 2010 das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eröffnet. Mit dem Aktionsjahr will die EU das Bewusstsein für die Ursachen und Folgen der Armut schärfen. Dazu haben die teilnehmenden Länder, die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island, jeweils ein nationales Programm aufgestellt. Für Sensibilisierungsmaßnahmen und Projekte auf europäischer und nationaler Ebene stehen insgesamt 17 Millionen Euro zur Verfügung. Im Vorfeld der Eröffnungsveranstaltung veröffentlichte die EU-Statistikbehörde Eurostat eine aktuelle Untersuchung, nach der rund 80 Millionen Europäer (17 Prozent der EU-Bevölkerung) im Jahr 2008 von Armut bedroht waren. Deutschland liegt hierbei mit 15 Prozent unter dem EU-Durchschnitt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/36&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUGH: BEKRÄFTIGUNG DES VERBOTS DER DISKRIMINIERUNG WEGEN DES ALTERS MIT BLICK AUF DEUTSCHE KÜNDIGUNGSREGELUNG

Mit einem Urteil vom 19. Januar 2010 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Verbot der Diskriminierungen wegen des Alters und die Rolle der nationalen Gerichte bei seiner Anwendung bekräftigt. Eine Regelung im deutschen Arbeitsrecht, nach der Beschäftigungszeiten vor dem 25. Lebensjahr nicht bei der Berechnung von Kündigungsfristen angerechnet werden dürfen, verstößt nach Auffassung des EuGH gegen das EU-Verbot der Altersdiskriminierung entsprechend der Rahmenrichtlinie Beschäftigung (2000/78) und ist vom nationalen Gericht auch in einem Rechtsstreit zwischen Privaten erforderlichenfalls unangewendet zu lassen. Die Richter bestätigten damit im vorliegenden Fall der Klägerin *Kücükdeveci* (C-555/07) das umstrittene Urteil im Fall „Mangold“ aus dem Jahr 2005, in dem der Gerichtshof anerkannt hatte, dass ein



Verbot der Diskriminierung wegen des Alters besteht, das als allgemeiner Grundsatz des Unionsrechts anzusehen ist.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-01/cp100004de.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN EU-BILDUNGSKOMMISSARIN VASSILIOU IM AUS-SCHUSS FÜR KULTUR UND BILDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Am 14.01.2010 fand im Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments die Anhörung der designierten Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* statt. Als Handlungsprioritäten im Bildungsbereich nannte *Vassiliou* die Verbesserung der Qualität der Bildungssysteme, die Förderung von Kreativität und Innovation, die Steigerung der Bildungsmobilität, die Modernisierung der Hochschulbildung und die Verbesserung der Lehrerbildung. Die Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses *Doris Pack* bescheinigte der designierten Kommissarin anschließend Engagement und Fachkenntnis und zeigte sich von der Kompetenz *Vassiliou*s überzeugt.

SPANIEN, BELGIEN UND UNGARN STELLEN PROGRAMM UND PRIORITÄTEN IHRER TRIO-PRÄSIDENTSCHAFT VOR

Die spanische, belgische und ungarische Delegation stellten in der ersten Sitzung des EU-Bildungsausschusses unter spanischem Vorsitz gemeinsam das Programm und die Prioritäten ihrer Trio-Präsidentschaft vor. Der spanische Vorsitz betonte, dass er Bildung in den Mittelpunkt der EU-Strategie bis 2020 rücken wolle und anstrebe, die soziale Dimension der Bildung zu stärken. Prioritäten des künftigen belgischen Vorsizes werden der Kopenhagen-Prozess, Indikatoren und Benchmarks, Schulen des 21. Jahrhunderts und nachhaltige Entwicklung sein. Themen der ungarischen Ratspräsidentschaft sollen u.a. die neue Generation des Programms für Lebenslanges Lernen sowie die soziale Dimension insbesondere in der frühkindlichen Erziehung sein.

BILDUNGSAUSSCHUSS DISKUTIERT ROLLE DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG IN DER EU-STRATEGIE BIS 2020

Anders als ursprünglich von der spanischen Präsidentschaft geplant, werden



auf dem Bildungsministerrat im Februar 2010 keine Ratsschlussfolgerungen zur Rolle der Bildung in der EU 2020-Strategie angenommen werden; stattdessen ist für den nächsten Bildungsministerrat zu diesem Thema lediglich ein Gedankenaustausch der Minister vorgesehen. Der spanische Vorsitz begründete diese Änderung mit der Tatsache, dass sich die zunächst für Anfang Februar angekündigte Mitteilung der Kommission zur EU-Strategie 2020 voraussichtlich bis Ende Februar verzögern werde. Im Rahmen der Diskussion im Bildungsausschuss regte Deutschland an, die Eckpunkte des 2009 angenommenen strategischen Rahmens für die europäische Bildungskooperation („ET 2020“) in die EU-Strategie für 2020 zu übernehmen.

SPANISCHER VORSITZ LEGT ENTWURF VON RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN ZU DEN FÄHIGKEITEN, DIE DAS LEBENSLANGE LERNEN ERLEICHTERN, UND ZU DER INITIATIVE „NEUE KOMPETENZEN FÜR NEUE BESCHÄFTIGUNGEN“ VOR

Der spanische Vorsitz stellte im Bildungsausschuss einen Entwurf von Schlussfolgerungen zu den Fähigkeiten, die das lebenslange Lernen erleichtern, und zu der Initiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ vor, auf dessen Grundlage auf der Ratstagung im Mai 2010 Schlussfolgerungen angenommen werden sollen. Vorsitz und Kommission erklärten, dass damit das Ziel verfolgt werde, den Ansatz der Schlüsselkompetenzen auf die berufliche Bildung, die Hochschul- und die Erwachsenenbildung auszuweiten; der Entwurf stehe im Zusammenhang mit den im strategischen Rahmen („ET 2020“) vereinbarten Prioritäten, dem gemeinsamen Fortschrittsbericht 2010, dem Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation 2009 sowie der Initiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

ÜBERRAGENDER ERFOLG DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN (LMU) IM WETTBEWERB DES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRATS

Die LMU ist bei der Advanced Grant Ausschreibung 2009 des Europäischen Forschungsrats (ERC) die erfolgreichste deutsche Universität. Europas Vorzeigeprojekt zur Förderung der Grundlagenforschung zeichnete gleich vier LMU-Angehörige aus: die Medizinerin – und seit 2008 Trägerin der Bayeri-



schen Europa-Medaille – Professorin *Erika von Mutius*, den Geowissenschaftler Professor *Donald Bruce Dingwells*, den Linguisten Professor *Adamantios Gafos* und den Physiker Professor *Ferenc Krausz*. Nachdem die Technische Universität München (gemeinsam mit TU Berlin) Deutschlands erfolgreichste Universität im Wettbewerb des European Institute of Innovation and Technology – dem europäischen Prestigevorhaben zur Förderung der angewandten Forschung – war, komplettierte die LMU nun die Forschungsexzellenz des Hochschulstandortes München im Bereich der Grundlagenforschung.

<http://erc.europa.eu/index.cfm>

RÜCKTRITT DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRATS

Prof. *Fotis Kafatos* erklärte am 22.01.2010 das vorzeitige Ende seiner eigentlich bis 2011 vorgesehenen Präsidentschaft des ERC. Ab dem 01.03.2010 werde er nur noch als Mitglied des wissenschaftlichen Rats des ERC (Scientific Council) tätig sein. Nach dem vor Kurzem vollzogenen Wechsel im Amt des Generalsekretärs von Professor *Winnacker* zu Professor *Mas-Collel*, muss der ERC nun eine weitere Schlüsselposition neu besetzen, was schnellstmöglich durch ein Mitglied des Scientific Council erfolgen wird. Aus Deutschland sind in dem 22 hochkarätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler umfassenden Wahlgremium Prof. *Hans Joachim Freund* und Prof. *Christiane Nüsslein-Volhard* vertreten.

<http://erc.europa.eu/index.cfm>

DIE SPRACHE DER EUROPÄISCHEN UNION

Um den Stellenwert der französischen Sprache in der EU zu verteidigen, bzw. auszubauen, ernannte Frankreichs Präsident *Nicolas Sarkozy* den ehemaligen französischen Premierminister *Jean-Pierre Raffarin* zum Sonderbotschafter für die Frankophonie. *Raffarin* betonte bei seinem Antrittsbesuch am 14.01.2010 in Brüssel den geopolitischen Stellenwert der französischen Sprache als Brückenkopf zu Afrika.

http://ec.europa.eu/education/languages/languages-of-europe/doc135_de.htm

POSITIONIERUNGEN ZUM 8. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM (FRP)

Spätestens im Umfeld um die Anhörung der designierten Forschungs- und Innovationskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* starteten die Positionierun-



gen zum 2014 beginnenden 8. FRP. Es offenbart sich ein großes Veränderungspotential; Ideen für größere Förderinstrumente, für ein neues „ganzheitliches“ System verschiedener Finanzquellen, einen Europäischen Innovationsfonds stehen in der Diskussion wie auch Forderungen, den Haushalt für Landwirtschaft und den für Soziales mehr auf den besonderen Stellenwert der Innovation im 8. FRP auszurichten. Belastbare Ansätze zur zukünftigen Gestalt des Rahmenprogramms sind erst von dem für dieses Jahr angekündigten Midterm-Review des 7. FRP und den Mitteilungen zum Europäischen Forschungsraum und zur Simplification zu erwarten.

BEITRAG DER KULTUR ZUR REGIONALEN UND LOKALEN ENTWICKLUNG

Die erste Sitzung der Ratsarbeitsgruppe Kultur unter spanischem Vorsitz am 20.01.2010 war schwerpunktmäßig der Diskussion des Themas „Beitrag der Kultur zur regionalen und lokalen Entwicklung“ gewidmet. Das Thema wird im Mai Gegenstand einer Ratsschlussfolgerung sein. Quasi als Ausblick auf die gerade begonnene Ratspräsidentschaft standen darüber hinaus kurz das von der Kommission vorzulegende Konzept bezüglich des europäischen Kulturerbe-Siegels sowie die Themen „Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft“ und die Fortführung des Projekts der Kulturhauptstädte Europas in der Diskussion.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ANHÖRUNG DER DESIGNNIERTEN KLIMAKOMMISSARIN HEDEGAARD

Am 15.01.2010 fand im Europäischen Parlament die Anhörung der designierten Klimakommissarin *Connie Hedegaard* statt. Die amtierende dänische Ministerin für Klima und Energie gab vor dem Umweltausschuss des Parlaments eine engagierte Vorstellung, die von den Abgeordneten einheitlich begrüßt wurde.

ANHÖRUNG DES DESIGNIERTEN KOMMISSARS FÜR GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERPOLITIK JOHN DALLI

Am 14.01.2010 fand vor dem Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments unter Beteiligung von Abgeordneten aus den Ausschüssen für Binnenmarkt und Verbrau-



cherschutz (IMCO) und für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) die Anhörung des designierten Kommissars für Gesundheit und Verbraucherpolitik, *John Dalli*, statt. *Dalli*, derzeit in Malta Minister für Soziales und Gesundheit, sieht sich als Hüter der Interessen von Patienten und Verbrauchern und betonte, diese in den Mittelpunkt seiner Politik stellen zu wollen. Im Ergebnis hat *Dalli* bei den Abgeordneten mit seinen Ausführungen im Wesentlichen einen positiven Eindruck hinterlassen.

<http://www.europarl.europa.eu/hearings/commissioners/getHomePage.htm?language=DE>

INFORMELLER UMWELTRAT IN SEVILLA - KEIN KONSENS ZUM FORTGANG DER KLIMASCHUTZVERHANDLUNGEN NACH KOPENHAGEN

Vom 14. - 17.01.2010 trafen sich die EU-Umweltminister zu einem informellen Meinungsaustausch in Sevilla. Wichtigster Tagungspunkt war der Versuch, eine einheitliche EU-Position zur Fortführung der gescheiterten Klimaschutzverhandlungen in Kopenhagen zu erzielen. Bis zum 31.01.2010 muss die EU gegenüber den Vereinten Nationen ihr Verpflichtungsziel nach der sog. „Kopenhagener Vereinbarung zur CO₂-Reduktion“ hinterlegen.

Ohne Einigung wird die Ausgestaltung der Verpflichtung gegenüber den Vereinten Nationen nun bis zum 31.01.2010 auf Ratsebene durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter erfolgen. Der Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am 11.02.2010 wird sich ebenfalls mit den Ergebnissen und dem Fortgang der Klimaverhandlungen beschäftigen.

KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUR BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE POST 2010

Am 19.01.2010 hat die Kommission die Mitteilung KOM(2010)4 "Optionen für ein Biodiversitätskonzept und Biodiversitätsziel der EU für die Zeit nach 2010" veröffentlicht. Das Papier soll als Diskussionsgrundlage für das weitere Vorgehen auf dem Weg hin zu einer langfristigen EU-Strategie dienen, die bis in das Jahr 2050 reicht.

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/policy/pdf/communication_2010_0004de.pdf



EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT NACHHALTIGE STRATEGIE FÜR DEN DO-NAURAUUM

In seiner Plenarsitzung am 21. Januar 2010 hat das Europäische Parlament mit 544:13 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, die die Kommission auffordert, sobald als möglich, in allen Donau-Anrainerstaaten Konsultationen durchzuführen, die alle Bereiche regionaler Kooperation abdecken und bis zum Ende des Jahres eine EU-Donaustrategie vorzulegen. Weiter soll sie über eine „Governance-Struktur“ für die neue EU-Politik beschließen, um nachhaltige Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Sicherheit in der ganzen Region zu sichern. Auch ein wissenschaftlicher Austausch, das gemeinsame Kulturerbe sowie Sprachenvielfalt im Donaubecken sollten entsprechend berücksichtigt werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

IEEP – BERICHT BESTÄTIGT: GAP SPIELT WICHTIGE ROLLE FÜR DIE BEREITSTELLUNG ÖFFENTLICHER GÜTER

Nach einem vom Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) im Auftrag der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung erstellten Bericht geht hervor, dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von Landwirten spielt, um öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitzustellen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Maßnahmen gezielt und auf die richtige Art und Weise erfolgen. Um öffentliche Naturgüter wie Moore, Almweiden, Feuchtwiesen zu schützen und auszubauen, sind punktgenaue Zielvorgaben und ausreichende Fördergelder für Landwirte nötig, die diese Flächen bewirtschaften. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die GAP hilfreiche Instrumente zur Verfügung stellen kann, um den Landwirten den Ausbau der öffentlichen Güter zu erleichtern. Insgesamt ist die Nachfrage nach diesen Landschaften größer als das Angebot, denn laut Bericht ist das Angebot an öffentlichen Gütern oft unzureichend. Diese Knappheit dürfte sich in Zukunft durch Risiken wie die Entwicklung der Rohstoffpreise und den Folgen des Klimawandels noch verstärken, daher müsse das Thema zur politischen Priorität der GAP werden und erfordere eine höhere Mittelzuwendung (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN KOMMISSARIN FÜR DIE DIGITALE AGENDA, NEELIE KROES, AM DONNERSTAG, 14. JANUAR 2010

Die designierte Kommissarin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, hat sich am Donnerstag, 14. Januar 2010, im Zuge einer Anhörung den Fragen der Abgeordneten des ITRE-Ausschusses im Europäischen Parlament gestellt. Die 68-jährige liberale Wirtschaftswissenschaftlerin war in den Niederlanden von 1982 – 1989 Verkehrs- und Telekommunikationsministerin. Die Darstellungen von *Kroes* wurden fraktionsübergreifend so negativ aufgenommen, dass sich die Niederländerin in der dritten Januarwoche erneut im Rahmen eines informellen Gesprächs den Fragen der Fraktionssprechern von ITRE und CULT stellen musste. Nach diesem dann am 19. Januar erfolgten informellen Gespräch konnte *Kroes* schließlich doch noch die Mehrheit der Abgeordneten – zum Bedauern der CSU-Gruppe – für sich gewinnen.

ANHÖRUNG DER DESIGNIERTEN EU-KOMMISSARIN FÜR BILDUNG, JUGEND, KULTUR, AUDIOVISUELLES UND SPORT ANDROULLA VASSILIOU: SCHWERPUNKTE IM BEREICH AUDIOVISUELLES

Die designierte EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Jugend, Audiovisuelles und Sport, *Androulla Vassiliou*, stellte sich am Donnerstag in einer dreistündigen Anhörung den Fragen der Abgeordneten des Kulturausschusses im EU-Parlament. *Vassiliou* hinterließ bei ihrer Anhörung einen souveränen Eindruck. Sie konnte durch inhaltliche Klarheit und Fachkenntnis sowie durch ihr Auftreten überzeugen, wie das positive Votum der Parlamentarier belegt. Allgemein war die Atmosphäre entspannt, wozu auch *Vassiliou's* Anekdoten aus dem Privatleben beitrugen. Es gab zwar vereinzelt kritische Nachfragen, aber grundsätzlich standen die Parlamentarier *Vassiliou's* Programm positiv gegenüber und begrüßten ihr Engagement.

EUROSTAT-STUDIE: E-COMMERCE FÜR 12 % DES UMSATZES EUROPÄISCHER FIRMEN IM JAHR 2008 VERANTWORTLICH

Eine im Jahre 2009 von Eurostat in den 27 EU-Mitgliedsstaaten, Kroatien und Norwegen durchgeführte Studie belegt, dass 12 % des Umsatzes europäischer Firmen im Jahr 2008 durch E-Commerce erwirtschaftet wurde. Außerdem belegte die Studie, dass sowohl die Zahl der Unternehmen mit Internetzugang als auch mit Breitbandzugang im Großteil der Mitgliedsstaaten bei über 90 % liegt.



http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/4-19012010-BP/DE/4-19012010-BP-DE.PDF

IKT-INDUSTRIE SCHLÄGT SIEBEN SCHWERPUNKTGEBIETE FÜR SPANISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT VOR

Am 18. Januar 2010 wurde in Madrid ein von Vertretern der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) -Industrie verfasster Bericht vorgestellt, der Leitlinien für die spanische Ratspräsidentschaft in diesem Sektor benennt. Der im Auftrag der spanischen Präsidentschaft erstellte Bericht zeigt 7 Kernpunkte auf, die mit Rücksicht auf die Bedürfnisse von Wirtschaft und Industrie dem europäischen IKT-Sektor neue Impulse geben sollen. Diese sind nach Ansicht der IKT-Industrie, Produktivität und Wachstum, Nachhaltigkeit, kreative Inhalte in der digitalen Welt, Vertrauen, Partizipation, Handel/Markt und Abbau administrativer Hürden.